

Endlich erledigt?

„Abwählen!“ (SZ, 31.10.)
„Endlich erledigt“ (Die Zeit, 7.11.)
„Die Heilung Amerikas kann
beginnen“ (FAZ, 8.11.)

Wer sich in der deutschen Presselandschaft der US-Wahlwoche auf die Suche nach divergierenden Stimmen – etwa einem Äquivalent zum amerikanischen Fox-News-Sender – machte, suchte vergebens. Den Trump-Verteidiger wollte hierzulande – abgesehen von der AfD – niemand geben, was einerseits angesichts dessen düsterer Bilanz nachvollziehbar ist, andererseits aber auch ein Licht auf die fehlende Pluralität der Medienlandschaft wirft.

Die Botschaft der SZ, „Nun entscheiden die Amerikaner – und sie haben eigentlich keine Wahl“, suggeriert, dass der Demokrat Biden gegenüber Trump die vernünftige Option (gewesen) sei. Die Botschaft hat jedoch auch eine alternative Bedeutung, denn selten traf der alte Kalauer besser zu als jetzt: Dem Kapital ist es egal, wer unter ihm Präsident ist. Bei aller Verteufelung von Trump vergaß man, sich den Gegenkandidaten genauer anzuschauen. Am härtesten hat das der wortgewaltige Host der Jimmy-Dore-Show auf Youtube formuliert: Wahlsieger sind Goldman Sachs und die Wall Street, die Kreditkartenbranche, der Prison-Industrial-Komplex, die Fossil-Fuel-Industrie, die privaten Krankenversicherungsanbieter und last but not least: der Militärisch-Industrielle-Komplex. Biden selbst steht – wie kaum jemand vor ihm – für eine aggressive US-amerikanische Außenpolitik: Als Vize von Obama zeichnete er

für eine Ausweitung der Kriegsbeteiligungen von zwei auf sieben militärische Konflikte verantwortlich, er hat sich für die Bombardierung Serbiens, Afghanistans und des Irak stark gemacht (letzteres auch noch nach Bekanntwerden der Lügen zur Kriegserklärung). Im Wahlkampf sprach sich Biden für die Weiterführung des Fracking und gegen einen Green New Deal aus, wie er von der „progressiven“ Fraktion der Demokraten um „The Squad“ (Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib, Ayanna Pressley) vertreten wird. Er steht in seiner langen Karriere für drastischen Sozialabbau und innenpolitisch für einen harten Law-and-Order-Kurs: Stolz verweist er auf seine Handschrift im „Violent Crime Control and Law Enforcement Act“ von 1994 mit seinem berüchtigten „Three strikes law“, der zu einem drastischen Anstieg Inhaftierter führte – betroffen waren insbesondere Schwarze und Latinos. Nebenbei: Vize Kamala Harris sorgte als Generalstaatsanwältin von Kalifornien dafür, dass (meist schwarze) Eltern von schulschwänzenden Kindern mit Gefängnis bestraft wurden. Heute führen die USA mit weit über 2 Mio. Inhaftierten die weltweiten Statistiken sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ (Inhaftiertenrate) an. Wer sich die (unvollständige!) Bilanz des politischen Lebens von Joe Biden unvoreingenommen anschaut, blickt in eine ähnliche Düsternis wie beim Gegenkandidaten. Nicht einmal in der aktuellen Politik in Notzeiten finden sich signifikante Unterschiede: mitten in einer weltweiten Pandemie weigern sich beide, eine Krankenversicherung für Alle einzuführen oder ein auch nur entfernt hinreichendes finanzielles Hilfspaket für die große Masse an US-AmerikanerInnen anzubieten, die schon vor der Gesundheitskrise nur „from

paycheck to paycheck“ lebten und nun – wie schon 5 Mio. Familien vor ihnen in der Krise 2008ff. – vordem Rauswurf aus ihren Wohnungen stehen. Schon damals unterstützten Obama/Biden die Banken und nicht die Arbeiterklasse. Und selbstverständlich bleibt es bei der Forderung nach höheren Ausgaben der NATO-Partner. Hierzulande werden die Militärausgaben weiter steigen, die Zusagen liegen schon vor.

Und selbst bei den beiden Igit-Faktoren steht der Demokrat dem scheidenden Präsidenten nicht nach:

Korruption: Die lange kolportierten und vor der Wahl bekräftigten Korruptionsvorwürfe gegen die Biden-Familie dürften auch nach dem Januar 2021 eine schwere Hypothek für den neuen Präsidenten werden. Muss man hier analog zur vergangenen Legislaturperiode ein dieses Mal von der republikanischen Partei initiiertes Impeachmentverfahren und ein vierjähriges „China-Gating“ (analog zum „Russiagating“ der Demokraten) befürchten, das nötige Policy-Debatten verdrängt?

Lügen: Seine Lügen und „schlechten Manieren“ sind dem amtierenden Präsidenten gewiss ein Sargnagel gewesen – zumindest im liberalen Bürgertum. Wendet man aber den Blick auf Biden, so erkennt man eine jahrzehntelange Spur von politischem Plagiatorentum bis hin zu erfundener Biografie. Wer sich die offenliegenden Dokumente der Unredlichkeit im Netz anschaut, kommt nicht umhin zu fragen, wozu jemand fähig ist, der seiner Frau die Bildungsgeschichte der Gattin von Neil Kinnock, sich selbst den Spitzenplatz unter den Politologie-Studierenden seines Jahrgang andichtet (wenn er doch nur der 76. von insgesamt 85 Studis war), und –

schlimmer geht's immer – der sich im Wahlkampf als Anti-Apartheid-Kämpfer rühmt, bei dem sich Nelson Mandela selbst bedankt habe. Wofür? Dafür, dass er, Biden, beim Versuch, Mandela im Gefängnis zu besuchen, verhaftet wurde. Weder das eine – Verhaftung – noch das andere – Mandelas Dank – hat es jemals gegeben.

Dass dem Kapital, bzw. einigen seiner einflussreichen Fraktionen, Biden aber doch lieber als Trump ist, hängt mit dessen Ausflügen in einen (Fake-) Populismus zusammen. Bertüchtigt sind seine Ausfälle gegen die Big Tech-Monopole des Silicon Valley, deren Zensur-Rache er im Wahlkampf verspüren musste. Und ebenso erstaunlich waren seine (zwei) Interview-Statements in Eisenhower-Manier mit einer mittelschweren Anklage des „military industrial complex“, der das Land von einem Krieg in den nächsten treibe. Solche Worte mögen Lockheed Martin, Raytheon, Boeing und Co. natürlich nicht und Biden wird sie auch nicht aussprechen, hat er doch schon auf seinen Großsponsorenbanketten erklärt: „Nothing will fundamentally change“. Das ist der Punkt: Das Aufatmen der Börse signalisiert, dass die (wahrscheinliche) republikanische Mehrheit im Senat Biden und die Demokraten daran hindern wird, unangenehme Entscheidungen zu treffen.

Mit dem Kampf gegen die Kriegspolitik des MIK und die Zensurpolitik der Big-Tech-Monopole sind zwei Komplexe angesprochen, die eine thematische Nähe zwischen Rechts- und Linkspopulismus in den USA andeuten. Dass es hier bislang zu keiner tragfähigen politischen Koalition gekommen ist, hängt einerseits mit dem Unwillen des Oligarchen Trump zusammen, einzelnen Ka-

pitalfraktionen tatsächlich die Zähne zu zeigen, andererseits mit dem fehlenden machtpolitischen Mut der Sanders-Fraktion, ihre Massenbewegung als „leverage“ zu einer Kräfteverschiebung in der demokratischen Partei zu nutzen.

Ulrich Brinkmann

Bolivien: Zurück nach vorn

Der hohe Wahlsieg des Kandidaten der MAS („Bewegung zum Sozialismus“) in den Präsidentschaftswahlen in Bolivien kam für die meisten Beobachter überraschend. Luis Arce erreichte nach dem bisherigen Auszählungsstand 54,5 Prozent der Stimmen, der Zweitplatzierte, Carlos Mesa von der rechtsliberalen Comunidad Ciudadana („Gemeinsame Bürgerschaft“) fast 30 Prozent, so dass nach bolivianischem Wahlrecht keine Stichwahl mehr erforderlich ist. Der ultrarechte Mitbewerber Fernando Camacho aus seiner Hochburgregion Santa Cruz erhielt nur 13 Prozent. Der Wahlerfolg der Linken wird noch dadurch abgerundet, dass in der Abgeordnetenversammlung und im Senat, wo ebenfalls volle bzw. partielle Wahlen stattfanden, ein ähnlich eindeutiges Ergebnis zu verzeichnen war.

Den unmittelbaren Hintergrund dieser aktuellen Konstellation bildete die umstrittene Präsidentschaftswahl vor fast einem Jahr (20. Okt. 2019), die in der ersten Runde sehr knapp zugunsten des mehrmaligen Präsidenten (seit 2006), Evo Morales, ausfiel und wegen Anzeichen von eventuellen „Wahlergebniskorrekturen“ heftig diskutiert wurden. Auch als Morales – nicht zuletzt unter Druck der OAS (Organisation

Amerikanischer Staaten) – in Neuwahlen einwilligte, war seine Position derart geschwächt, dass er unter massiver Einwirkung von Polizei und Militär seinen Rücktritt erklärte und infolge von heftigen Bedrohungen fluchtartig das Land verlassen musste, das er 14 Jahre sehr erfolgreich geführt hatte. In dieser Situation eines quasi-Putsches übernahm eine kaum bekannte und nachrangige Politikerin der Rechten, Jeanine Añez, das Präsidentenamt, das sie nun ein Jahr lang ausübte.¹

Dieser scheinbar abrupten Machtverschiebung lagen veränderte Kräfteverhältnisse zugrunde. Sie hatten sich seit einiger Zeit schon angedeutet und die MAS insgesamt und noch mehr Evo Morales in die Defensive gebracht. Die verfassungswidrige Durchsetzung einer vierten Präsidentschaft (bzw. der Wahlen dazu) sowie Verselbständigungs- und Bürokratisierungstendenzen in der MAS, eine sozialstrukturelle Differenzierung innerhalb der indigenen Bevölkerungsmehrheit im Verlauf sozialer Aufstiegsprozesse sowie eine de facto enge, sozial und ökologisch problematische Zusammenarbeit der Regierung mit großen Agrarexporteurinnen und ausländischen Kapitalen in einigen bergbaulichen Bereichen führten zu einer gewissen Enttäuschung, Entfremdung und Entpolitisierung/Konsumorientierung in Teilen der traditionellen MAS-Basis. Nur so ist zu erklären, dass beim Abgang von Morales im letzten Jahr die Regierungspartei MAS praktisch durch „Abwesenheit glänzte“ und sich keineswegs schützend vor ihren Langzeit-Präsidenten stellte.

¹ Siehe zu weiteren Hintergrundelementen: Z. 121 (März 2020), S. 104ff.

Das vergangene Jahr mit der neuen politischen Führung war für Bolivien in vieler Hinsicht sehr schwierig. Das Bruttoinlandsprodukt sank infolge der ökonomischen Krise, verstärkt durch die Corona-Pandemie, um fast 8 Prozent; die Armutsquote und der Umfang des informellen Sektors stiegen deutlich an, die Sozialleistungen schrumpften zusammen. Das Gesundheitswesen, vor allem im ländlichen Bereich war den Corona-Anforderungen häufig nicht mehr gewachsen. Hinzu traten die – rassistisch motivierten – teils gewaltsamen, teils juristisch geprägten „Racheakte“ der Rechten gegenüber MAS-Politikern oder MAS-Anhängern² und Versuche, die Stellen im öffentlichen Bereich neu zu besetzen, die Medien auf eine bestimmte Linie einzuschwören etc. Der „Kulturkampf“ ging so weit, eine erneute „Re-Christianisierung“ des Landes anzustreben, da den indigenen Mischungen von Glaubensinhalten wieder der „reine Katholizismus“ entgegen gesetzt werden müsste. Die Neuwahlen sollten eigentlich früher stattfinden, wurden aber wegen der Pandemie mehrfach verschoben. All dies hat nicht zur Popularitätssteigerung der neuen Präsidentin, die zeitweise auch für dieses Amt kandidierte, beigetragen. Zum anderen haben innerhalb der MAS offenbar auch Diskussionen über eigene Fehler (z.B. die abermalige, verfassungswidrige Kandidatur von Evo Morales, die Entpolitisierung und Entfremdung von der Basis, die mangelhafte innerparteiliche Demokratie etc.) stattgefunden, die nun zu einer gewissen Re-Stabilisierung der politischen Organisation beitragen.

Die Auswahl von Luis Arce und David Choquehuanca (als Vizepräsident) wurde zwar von dem in Argentinien im Exil lebenden Evo Morales mit beeinflusst, aber wahrscheinlich nicht mehr – wie früher – von ihm entschieden. Sie zeigt eine Kombination von Kontinuität und Diskontinuität insofern auf, als beide lange Jahre Wirtschafts- bzw. Außenminister in verschiedenen Kabinetten von Morales waren. Andererseits scheinen sie sich weit weniger charismatisch-egozentrisch und eher technokratisch bzw. pragmatisch zu verhalten und zu Selbstkritik fähig zu sein. Dies dürfte für die von ihnen gewonnene hohe Stimmenzahl nicht unwichtig gewesen sein. Sie möchten mit allen Mitteln die danieder liegende Wirtschaft ankurbeln und stabilisieren, den Binnenmarkt stärken und die Wirtschaft insgesamt weiter diversifizieren. Auch die Demokratisierung verschiedener Institutionen (z.B. auch der Polizei und des Militärs!) soll deutlich ernsthafter und kontinuierlich verfolgt werden.

Sicher wird die neue Wendung in Bolivien auch auf die Linke in den Nachbarländern ausstrahlen, unter anderem vor allem auf Ecuador und Chile, vielleicht auch auf Kolumbien, obwohl in jedem einzelnen Fall besondere Spezifika und historische Eigenheiten zu berücksichtigen sind. Die Dominanz der alten Eliten unter neoliberaler Ägide und unter US-amerikanischer „Begleitung“ jedenfalls scheint der Vergangenheit anzugehören. Das heißt: Bolivien lehrt, dass eine Linkswende – wie tief greifend auch immer sie sein mag – noch längst nicht zu den Akten gelegt werden darf.

Dieter Boris

² Dabei wurden 30 bis 40 Personen getötet, was erst jetzt wohl aufgearbeitet werden kann.

Patrice Lumumba – Größe und Tragik

Die Demokratische Republik Kongo beging am 30. Juni 2020 den 60. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Ein Feiertag für die Kongolesen? Eher nicht. Denn die Bilanz der Unabhängigkeit ist katastrophal: ein Land am Abgrund, ausgezehrt durch die schwerwiegenden Folgen von Misswirtschaft, Korruption und Machtmissbrauch, durch einen verheerenden Bürgerkrieg mit Millionen Opfern, latente ethnische Konflikte und vor allem die systematische Ausplünderung der riesigen Naturressourcen durch internationale Konzerne.

Doch es gibt im Nachklang der vergangenen 60 Jahre bewahrenswert Historisches: Jene bewegten 68 Tage, geprägt durch das Wirken einer herausragenden politischen Führungskraft – Patrice Lumumba. Er war der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der Unabhängigen Republik Kongo. Nach nur kurzer Regierungszeit das schreckliche Ende: Patrice Lumumba wurde am 17. Januar 1961 in der Provinz Katanga von einem belgischen Söldnerkommando ermordet. Er wurde nur 36 Jahre alt.

Ende der 1950er Jahre hatte sich, geführt vom Mouvement National Congolais (MNC), eine breite Volksbewegung gegen das belgische Kolonialregime formiert. Der MNC war Lumumbas Partei, 1958 von ihm mit gegründet. Sie wurde die einflussreichste politische Kraft im Lande und stellte nach dem Wahlsieg im Mai 1960 den Ministerpräsidenten.

Bleibt die Frage: Warum noch heute dieses integren afrikanischen Staatsmannes ehrenvoll gedenken? Das ereig-

nisreiche Leben dieses außergewöhnlichen Politikers gibt die Antwort.

Allein die proklamierten Ziele der Lumumba-Regierung zur Festigung der Unabhängigkeit riefen die politischen Gegenkräfte auf den Plan. Ausländische Konzerne fürchteten den Verlust ihrer Kapitalanlagen. Und im Spannungsfeld des Kalten Krieges sahen westliche Mächte ihre politischen und militärstrategischen Interessen in Zentralafrika gefährdet. Daher schmiedeten reaktionäre Kräfte, namentlich der CIA, gestützt auf kongolesische Oppositionelle (Präsident Kasavubu, Oberst Mobuto und Separatistenführer Tschombe) einen Komplott. Am 14. September 1960 wurde die von Lumumba geführte Zentralregierung gestürzt und der Politiker in aller Öffentlichkeit grausam misshandelt, gedemütigt und eingekerkert. Mobuto putschte sich an die Macht.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kolonialer Herrschaft in Belgisch-Kongo prägten Lumumbas Leben. Er wuchs auf in armen bäuerlichen Verhältnissen in der Provinz Kasai. Die Kolonialherrschaft stützte sich auf drei Säulen: die Kolonialverwaltung, ausländische Monopole und die christlichen Missionen. Das ideologische Fundament bildete der sogenannte Paternalismus, beruhend auf der katholischen Soziallehre. Die widersprüchlichen Wirkungen der Kolonisation (u.a. ein gewisser Standard sozialer Dienstleistungen) bestimmte weitgehend Lumumbas ambivalente Haltung gegenüber den Kolonialherren. Als Postbeamter wurde er ein sogenannter Evolué, ein im Sinne der Kolonialmacht „Gebildeter“, der damit jener aufstrebenden privilegierten urbanen Schicht angehörte. Daher lebte er in einem Zwiespalt: einerseits der Stolz, ein Mensch dieser

Elite zu sein, zugleich jedoch das starke Bemühen, das Vertrauen aller Kongoleesen zu gewinnen.

Lumumba hatte als Politiker keine lange vorgedachte Gesellschaftskonzeption. Dies galt insbesondere für die Ökonomie. Als Ministerpräsident verkündete er hierzu nur allgemeine Überlegungen: „Unser Sofortprogramm muss darauf gerichtet sein, durch gemeinsame Anstrengungen die Reichtümer unseres Landes zu nutzen und somit eine nationale Wirtschaft aufzubauen, die es möglich macht, den Lebensstandard aller Bürger rasch zu verbessern.“ Nationalismus, wurzelnd in seiner Zugehörigkeit zum Batetela-Volk, und Panafrikanismus bildeten die Grundelemente seiner Ideologie des antikolonialen Befreiungskampfes. Lumumba kennzeichnete die Gewaltfreiheit als die „fundamentale Doktrin der kongolesischen Revolution“. Dies ist noch heute beispielhaft angesichts der gefährlich instabilen Lage im Lande, verursacht hauptsächlich durch gewaltbereite rivalisierende politische Kräftegruppierungen.

Es gibt Wesenszüge, die maßgeblich das politische Handeln des kongolesischen Politikers bestimmten. Zuvörderst seine Integrität und Unbestechlichkeit, seine hohe Intelligenz und ein enormer Wissensdrang (der sich u.a. in einem intensiven Studium der Werke französischer Aufklärer wie Montesquieu, Rousseau und Diderot ausdrückte), eine sprachmächtige Rhetorik, und vor allem seine ungebrochenstandhafte Haltung: „Lieber sterbe ich, als dass ich in Knechtschaft lebe und die mir heiligen Prinzipien verrate“, schrieb er zum Abschied an seine Frau. Zweifellos begünstigten eigene Schwächen und Fehler seinen raschen

Sturz: seine Inkonsequenz bei der Umgestaltung des kolonialen Verwaltungsapparates, nicht zuletzt die große Vertrauensseligkeit und Nachsicht gegenüber politischen Gegnern. Er war ein Philanthrop.

Die Tragik: Jung und unerfahren, sah sich der kongolesische Staatsmann vom ersten Tag seiner Amtsübernahme an mit einer ihn überfordernden gewaltigen Problemlast konfrontiert – der Sezession von zwei Provinzen, der Invasion belgischer Truppen, der UNO-Intervention, ökonomischem Niedergang und völlig zersetzten Verwaltungsstrukturen. Das größte Verdienst der Lumumba-Regierung war jedoch von Anbeginn der Einsatz für den Erhalt des kongolesischen Zentralstaates. In Anbetracht zunehmend bedrohlicher gegenläufiger Entwicklungen im heutigen subsaharischen Afrika sicher eine wichtige Lehre.

Was bleibt? Lumumba strebte danach, die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen im Kongo grundlegend zu verändern. Aber seine Utopie, eine freie gerechte Gesellschaft aufzubauen und darüber hinaus ganz Afrika von Herrschaft fremder Mächte zu befreien, wurde nicht einmal im Ansatz zur Wirklichkeit. Dennoch, der Mord an Patrice Lumumba vor 60 Jahren sollte linksorientierten Menschen Verpflichtung sein, den aufrechten Staatsmann gebührend zu ehren. Wer Patrice Lumumba als politischer Persönlichkeit gerecht werden will, sollte die Worte des Leipziger Historikers Manfred Kossok bedenken: „Und das Begonnene, aber nicht Vollendete, das Erhoffte, aber letztlich Aufgegebene – zählt das nicht?“

Wolfgang Semmler

Hochschulen und Pandemie

Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK), dass das Sommersemester 2020 an den Hochschulen später als üblich beginnen sollte. Ähnliches strebte man für das Wintersemester an, insbesondere für Studienanfänger*innen.¹ Der Zeitaufschub sollte genutzt werden, um ein anstehendes Digitalsemester vorzubereiten. Die richtige Idee: Wer nicht auf dem Campus ist, kann sich weder anstecken noch den Virus verbreiten. Dieser notwendige Schritt führte jedoch auch dazu, dass die digitalen Infrastrukturen an Kapazitätsgrenzen stießen und Gelegenheiten zum persönlichen Austausch wegfielen. Zudem fehlte eine grundlegende Selbstverständigung der Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Aufgaben. Diese Missstände müssen thematisiert werden.

Unzureichende Überbrückungshilfe: Laut Deutschem Studentenwerk (DSW) sind knapp zwei Drittel aller Studierenden von Minijobs abhängig. Sie finanzieren davon Miete, Lebensmittel, Lernmaterial und ihre digitalen Endgeräte. Mit der Schließung von Gastronomien und Veranstaltungsorten verloren viele Studierende ihre Einkommensquellen. Einen partiellen Ausgleich gab es erst im Juni, nachdem die sogenannte Überbrückungshilfe beschlossen worden war. Pro Monat

und Studierende*n stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) maximal 500 Euro zur Verfügung. Die Hilfe, die nicht zurückgezahlt werden muss, bemisst sich nach dem aktuellen Kontostand der*des Beantragenden. Dass diese Beihilfe in Städten wie Frankfurt, München, Berlin oder Stuttgart gerade einmal ausreicht, um die Miete zu bestreiten, wurde nicht berücksichtigt. Die 900 Millionen Euro ungenutzte Bafög-Mittel tastete die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) nicht an.

Bei erneut steigenden Infektionszahlen wird sich die Lage weiter zuspitzen. An einigen Standorten exmatrikulieren sich bereits Studierende, um ALG 2 beantragen zu können.

Vom Finanzloch verschlungen: Aufgrund eines jahrelangen Investitionsstaus ist die digitale Infrastruktur an den Hochschulen mangelhaft. Projektorientierte Finanzierung ließ kaum Spielräume für die Anschaffung von dringend notwendigen Geräten und für die entsprechende Fortbildung von Lehrenden und Studierenden. Nicht jede*r Studierende verfügt über das nötige Endgerät, eine stabile Internetverbindung und eine produktive Lernumgebung, um an der Onlinelehre zu Pandemiezeiten teilzunehmen. Befragungen, die u.a. für die TU Dresden vorliegen, zeigen, dass reine Onlinelehre eine hohe Belastung für alle darstellt: Die Belastung besteht hauptsächlich in der Mehrzeit, die für die Vor- und Nachbereitung verwendet werden muss.² Auch eine Umfrage der Lan-

¹ S. hierzu insbesondere den KMK Beschluss zu Bewerbungs- und Zulassungsverfahren: <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/bewerbungs-und-zulassungsverfahren-fuer-das-wintersemester-202021-kann-starten.html>.

² Frohwieser et al.: https://tu-dresden.de/zqa/resources/dateien/publikationen/hochschulmonitoring/Virtuelle_Lehre_2020_Schnellauswertung_zweite_Welle.pdf?lang=de&fbclid=IwA

des AStenKonferenz (LAK) Niedersachsen kommt zu dem Ergebnis, dass ein Digitalsemester psychisch wie ökonomisch eine hohe Belastung darstellt.³ Diese Belastung hängt auch mit der Schließung von Schulen und Kitas zusammen. So gibt es bereits erste Studien, die den Rückgang der Tätigkeit von Wissenschaftler*innen aufgrund steigender Verpflichtungen in der Kinderbetreuung feststellen.⁴

Oberste Priorität muss der gesundheitliche Schutz der Hochschulangehörigen in der Pandemie haben. Weder eine vollständig digitale Lehrpraxis noch eine Rückkehr zum Status quo ante sind in dieser Situation vernünftig. Denkbare Kompromisse können aber nur Ergebnis eines gemeinsamen Verhandlungsprozesses sein. Es müssen soziale Räume geschaffen werden, die Austausch und spezifische Formen von Präsenz ermöglichen. Deren Bedeutung als Teil einer gesundheitsverträglichen psychosozialen Praxis unterstreichen bildungswissenschaftliche und persönliche Erfahrungen. So sind kleine Treffen, insbesondere unter freiem Himmel, durchaus möglich und gut durchführbar.

Universität als Ort von Austausch und kritischem Denken erleben: Die Corona-Pandemie verdeutlicht in vielen Fällen, was vorher schon problematisch war. Insofern stellt diese Krise vielleicht einen politischen Hebel dar.

Sichtbar wird dies zum einen am BaFöG. Die pandemiebedingten Notlagen zeigen umso deutlicher, wie defizitär die aktuelle Konstruktion der Studienfinanzierung ist. Das 50-jährige Bestehen des BaFöG im Jahr 2021 sollte als Anlass genutzt werden, dessen Generalüberholung zu fordern. Weiterhin ist die auf die Regelstudienzeit gestützte Hochschulfinanzierung zu kritisieren. Angesichts eines ganzen verlorenen Semesters muss hier nachjustiert werden.

Als soziale Räume im oben genannten Sinne, können fachbezogene Seminare dienen, in denen die Folgen der Pandemie aus disziplinärer Perspektive diskutiert werden können. Für die neuen Erstsemester-Studierenden ist dies insbesondere relevant, damit sie das Studium nicht nur als digitalen Konsum, sondern als Chance auf kollektives, reflektierendes Nachdenken erfahren können und sehen, dass sie zur Wahrung ihrer Ausbildungsinteressen gesellschaftlichen Druck aufbauen müssen.

Unabdingbar ist es dabei für linke Studierende, den Zusammenhang von Pandemie, Kapitalismus und den sozialen und politischen Implikationen der Kriseneindämmung öffentlich zur Diskussion zu stellen. Hier geht es um die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft, und hier kann an die Tradition der „Kritischen Universität“ angeknüpft werden.

Fabian Korner

R1hIAMMlmG7ro6MVI0RBDz-nPSxZAX
wGFShGzjsPfQpmFkdQZyfbMhYo, S. 33.

³ <https://www.lak-niedersachsen.de/2020/09/ergebnisse-der-landesweiten-umfrage/>

⁴ Siehe dazu u.a. den Bericht in Forschung und Lehre: <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/zahl-der-publikationen-von-frauen-sinkt-2895/>.